



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Abschied vom Kohlestrom

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, jegliche Unterstützung der Planungen und des Baus neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein einzustellen.
2. Der schleswig-holsteinische Landtag weist die Berechnungen des MLUR und MWWV im Umdruck 16/2804 zurück, da dort der Zuwachs der CO₂-Emissionen aus der Stromerzeugung der neu geplanten Kohlekraftwerke (4 mal 800 MW) von ca. 18 Mio. t jährlich als eine Reduzierung der CO₂-Emissionen verkauft wird.

Begründung:

Die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40% bis 2020 und 80% bis 2050 kann nur erreicht werden, wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden. Das hat die Deutsche Umwelthilfe in ihrem Positionspapier „Klimaschutz, Kohle und Atom“ vom Oktober 2007 eindrucksvoll vorgerechnet. Am 21.12.06 unterzeichnete Wirtschaftsminister Austermann einen Optionsvertrag mit SWS. Verfahrensbeteiligte ist die Hafengesellschaft Brunsbüttel als Erbbauberechtigte eines ebenfalls landeseigenen Grundstücks. Der Landtag stimmte der Veräußerung mit Mehrheit zu. Inzwischen wird diese Entscheidung immer deutlicher als Fehler erkannt, da die klimapolitischen Folgen eines Wiedereinstieges in die Kohleverbrennung in zentralen Großkraftwerken nicht verantwortbar sind. Diese Erkenntnis fand daher auch ihren Niederschlag in Parteitagsbeschlüssen z.B. der SPD als regierungstragender Partei.

Laut Grünbuch des MWWV ist Schleswig-Holstein schon heute ein Stromexporteur. Diese Position würde durch den Bau von Offshore-Windkraftanlagen ausgebaut. Vor allem erübrigte ein engagierter Ausbau der Kraft-Wärme-gekoppelten Stromerzeugung als Brückentechnologie ins Solarzeitalter den Neubau von zentralen großen Kondensationskraftwerken mit schlechtem Wirkungsgrad.

Die durch die Stromerzeugung bedingten CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein würden sich von heute 6,7 Mio. t auf 22 Mio. t verdreifachen (s. SH Landtag, Umdruck 16/2154, Annahme: 4 neue Kohlekraftwerksblöcke à 800 MW, die Kraftwerke in Kiel und Wedel werden stillgelegt).

Es werden nur vergleichsweise wenige Dauer-Arbeitsplätze entstehen. Die SWS hat bisher kein norddeutsches Stadtwerk als Partner gewinnen können; d. h. der erzeugte Strom wäre ausschließlich für Süddeutschland bestimmt.

Die ortsansässige Bevölkerung befürchtet erhebliche Gesundheitsgefahren und eine Schadstoffbelastung der landwirtschaftlich genutzten Böden, u. a. weil nicht die best verfügbare Filtertechnik vorgesehen ist.

Eine CO₂-Abscheidung (CCS) in großtechnischem Maßstab ist nicht in Sicht. Mehr als die Hälfte der erzeugten Energie soll als Abwärme die Elbe aufheizen.

Werden, wie geplant, mehr als 20 GW Windstrom angelandet, wird das Netz für den Kohlestrom nicht ausreichen: Die Kohlekraftwerke werden dann nicht die erhofften

Laufzeiten erreichen und – wenn CO₂-Zertifikate erworben werden müssen - keinen preiswerten Strom produzieren.

Deutschland wird seine Verpflichtungen zum Schutz des Klimas nicht erfüllen können, wenn derart massiv Kohlekraftwerke errichtet werden. Eine Klima verträglichere Variante wäre ein wesentlich kleineres GuD-Kraftwerk auf Gasbasis, das bei gutem Windangebot Gas in einen Salzspeicher einlagert, so dass die vorhandene Gasleitung ausreichend dimensioniert ist.

Detlef Matthiessen